

DEUTSCHE ACKER-ZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maystraße 6.

Offizielles Organ
der Central-Krämer- und Schrein-Kasse der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Pillengasse 12.

Verbands-Mitglieder! Die Organisation ist die Waffe zur Erfüllung menschenwürdiger Existenzbedingungen; sie ist der Schutzwall gegen die Unterdrückungsgelüste unserer reaktionären Innungsmeister, deshalb bezahlt pünktlich und regelmäßig Eure Beiträge und werbet unablässig neue Kämpfer für den Verband, damit unsere Organisation nach innen und außen gestärkt werde.

Sozialideologen und Kapitalpraktiker.

II.

Bekanntlich bilden die Unternehmerkartelle in doppelter Hinsicht eine große Gefahr für die Arbeitersklasse; einerseits suchen sie durch eine Besteuerung der Waren der großen Masse des Volkes Millionen und abermals Millionen aus der Tasche zu ziehen und andererseits geht ihr Streben dahin, durch den Zusammenschluß der Betriebe den gewerkschaftlichen Organisationen den Kampf um eine Verbesserung der Lebenshaltung zu erschweren, wenn nicht ganz unmöglich zu machen. Darum durfte man auf den Vortrag des Berliner Professors Dr. Schmoller über „Das Verhältnis der Kartelle zum Staat“ wohl gespannt sein, doch müssen wir gleich gestehen, daß unsere Erwartungen getäuscht worden sind.

Der Referent wies einleitend auf die Bedeutung der Kartellfrage hin, indem er ausführte: „Diese Frage ist die wichtigste, die unter allen volkswirtschaftlichen Problemen zu lösen ist. Es handelt sich um die Frage: Gibt das wirtschaftliche Leben der Kulturböller eine grundstürzende Veränderung, wie seit Jahrtausenden nicht erlebt worden ist, erfahren? Die Neubildung liegt in der großen Linie, die nach Ansicht sehr vieler direkt oder indirekt in den sozialistischen Zukunftstaat führt. Wir sehen, wie die Klein- und Mittelbetriebe ebenso wie die Großbetriebe immer mehr zu zentralistischen Organisationen zusammengefaßt werden, und wenn es so weiter geht, so ist kein Zweifel, daß die liberalen Grundsätze von der freien Konkurrenz in die Brüche gehen.“ Nachdem Schmoller an dem Beispiel der amerikanischen Monopolie gezeigt hat, welche geradezu unheimliche Entwicklung die Kartellierung nimmt, fährt er fort: „Diese Entwicklung führt zu der Frage: Wie hat sich der Staat und das öffentliche Gemeinwohl zu der Entwicklung dieser machtvollen Organisation zu stellen? In Deutschland ist in der Beurteilung der Kartelle in den letzten paar Jahren ein erheblicher Umschwung eingetreten. Man erinnere sich, wie vor noch nicht allzu langer Zeit unsere Minister Reden über die Kartelle hielten, die von extremem Lob über die Kartelle formidabel trieben. Das ist in letzter Zeit anders geworden. Man sieht es ein, daß es nötig ist, zwischen den Trusts und der übrigen Volkswirtschaft einen Schutzwall zu errichten. Die Kartelleiter und die Begründer der großen Industriedynastien, wie sie nach amerikanischem Vorbilde am Rhein im Entstehen begriffen sind, sind die radikalen Schöpfer gänzlich neuer Zustände. Wenn seitens der Kartelle gefragt wird: Laßt uns doch in Ruhe!, so können wir nur antworten: Wir lassen Euch schon in Ruhe, wenn Ihr nach volkswirtschaftlicher Richtung nur nicht beunruhigtet, und wenn Ihr unsere Einkommensverhältnisse unangestattet liebet. Ihr seid die gründstürzenden Reuerer! Die großen Reuerer der Geschichte sind immer über Leichen gegangen. Naturgemäß wird eine jede Veränderung der Einkommensverhältnisse von dem anderen Seite als Bedrohung empfunden. Wenn das Kostenradikal eine Verdopplung der Preise herbeiführt hat, so kann man nicht verlangen, daß die Verbraucher der Soße die gleiche Körde davon haben, wie die Gedächtnishaber. Die Kostenwerte sind von 50 M auf 100 M und 100 M auf 200 M gestiegen und die Kleiderindustrie schwindet im Geiste.“

Mit Absicht auf das Streben der Kartelle, eine Monopolstellung einzunehmen, um dadurch die Preise nach Belieben steigen zu können, erschallt in Deutschland immer

wieder von neuem der Ruf nach Verstaatlichung der Großbetriebe, speziell im Bergbau. Der Referent ist ein Gegner der Verstaatlichung und „möchte nicht wünschen, daß das, was wir preußischen Bürokratismus und Parlamentsrederei nennen, auf unsere wirtschaftlich blühenden Betriebe einwirke. Aber ein staatlicher Einfluß im Syndikat wäre heilsam gewesen, jedoch könnte man sich mit dem kindlichen Angebot eines Vetos gegen Erhöhungen nicht begnügen, der Staat müßte auch Einfluß auf die Heraussetzungen haben. Die Regelung auf geleichzeitigem Wege wäre zur Zeit nur möglich nach der Richtung, daß der Machtwurstbrauch eingeschränkt wird. Dieser findet sehr leicht dort statt, wo die Syndikate und Kartelle gegenüber ihren Mitgliedern jede Zudiskurrenz ausschließen. Es gibt einen Punkt, wo der Staat zu sagen hat: Bis hierher und nicht weiter. Das Eingreifen des Staates bei der Preisbildung halte ich für ausgeschlossen, der Preis kann nicht von oben dictiert werden. Da ist nur durch Organisationen beizukommen. Wenn unsere Kartellleiter so weitstichtig wie die arbeiterischen wären, würden sie auch lieber mit organisierten Arbeitern verhandeln, als mit unorganisierten. Die ganze Lohnfrage wäre damit gelöst. Man müßte die Kartelle nicht in Banden schlagen, sondern sie auf die Ziele hinlenken, die im Interesse der Gemeinheit liegen.“

Wenn Professor Schmoller meint, es werde der sanftesten Hand des Staates gelingen, die Unternehmerkartelle dem Allgemeinwohl dienstbar zu machen, so gibt er sich einer verhängnisvollen Illusion hin. Dies zeigt ganz deutlich eine Anerkennung des früheren Regierungsrats Dr. Wolfer, der wie geschreite seiner Kollegen der besseren Bezahlung wegen in die Dienste des Privatkapitals getreten ist, und nun gewissermaßen das Verbindungsstück bildet zwischen Staat und Großkapital. Der gute Mann meinte nämlich ganz naiv, es sei zu wünschen, daß die Herren der Wissenschaft den Männern der Praxis etwas mehr Verständnis und Fürbung entgegenbrächten und sprach dann: „Wir wollen das Zusammengehen von Agrarier, Mittelstand und Industrie für ein durchaus natürliches, denn alle drei Gruppen haben ein gemeinsames Interesse: die Aufrechterhaltung unserer bestehenden Wirtschaftsordnung. Der Staat hat ein wesentliches Interesse, sich auf diese Seite zu stellen. Die Kartelle kämpfen für die Aufrechterhaltung der heutigen Wirtschaftsordnung. Wir wollen kein Monopol, wir wollen keine Ausschaltung des freien Wettbewerbes und vor allem keine Erhöhung der Preise. (Lachen.) Ich sehe, daß Sie meine Bemerkung nicht ernst nehmen.“ Das Gelächter, das die Rede dieses Tanzes ums goldene Kalb erregte, beweist, wie wenig man an das „Segenstriche“ der Kartelle glaubt. Es ist auch zu lächerlich, wenn man sich vorstellt, wie die Regierung über das staatsverhaltende Kleebrett: Agrarierum, Industrie und Mittelstand ihre segnende, schützende Hand ausstreckt.

Mit dem schwersten Geschütz zog der satham bekannte Kommerzienrat Kirdorf, der Generaldirektor des Acker-Syndikats und des Deutschen Staatswirtschaftsverbandes, gegen Professor Schmoller zu Felde. Kirdorf erklärte zunächst, er vertrate den Standpunkt der Gemeinheit der deutschen Arbeitgeber und habe eigentlich gar keine Lust gehabt, auf der Generalsversammlung zu erscheinen. Darauf aber legte er sich den „Sozialideologen“ gegenüber aufs heile Pferd und sprach mit der Überlegenheit, die einem Kapitalisten so wohl ansteht: „Es ist etwas anderes, ob Sie von dem Lehrlinge herab Maßnahmen verlangen, als

wenn wir, die wir verantwortlich sind, damit wirtschaften sollen. Uns wird man, wenn wir damit nicht arbeiten können, für unfähig erklären, nicht Sie. Als Mann der Praxis, der ich den beiden hauptsächlich in Frage kommenden Syndikatsverbänden angehöre, muß ich gegen die Vorschläge erhebliche Bedenken erheben. Bei dem Schredgespenst der Preisssteigerung handelt es sich vielfach um das Operieren mit Schlagworten. Zwischen einem Staats- und Privatmonopol besteht ein gewaltiger Unterschied. Ein Privatmonopol, das davon missbräuchlich Gebrauch macht, wird nicht von langer Dauer sein. Ein Staatsmonopol aber wird man nie wieder los, und selbst, wenn sich gezeigt haben sollte, daß man einen großen wirtschaftlichen Fehler begangen hat. Den Outsiders bringt man in der Offenheit so große Sympathie entgegen, und doch sind das gerade die Schlausten, die die Vorteile für sich ausnutzen, ohne die Lasten mitzutragen. Redner befiehlt dann, daß die Syndikate keine ausreichende Vertretung im Parlemente haben. (Auff: Lassen Sie sich doch wählen!) Ja, mich wählt doch keiner in den Reichstag. (Sturmische Heiterkeit.) Die Gefahr der Herrschaft der Kartelle bei der Preisbildung wird überschätzt. Ich kann es nicht zugeben, daß durch den Einfluß des Syndikats die Kohlenpreise gesunken oder sich verdoppelt haben. Ich behaupte vielmehr, daß mit die Schwankungen vermieden worden sind, und daß der gleichmäßige Preis auf gleicher Durchschnittshöhe geblieben ist. Mit gesetzlichen Maßnahmen ist absolut nichts Praktisches zu erreichen. Es wird, glaube ich, nicht der Zweck erreicht werden, den Sie erhoffen. Dann wäre uns schon ein ausschließliches Staatsmonopol lieber. Mit einer staatlichen Rücksicht würde die freie wirtschaftliche Entwicklung, die unsere Großindustrie zu so hoher Blüte gebracht hat, in Frage gestellt werden. Zur Arbeiterfrage übergehend, mache ich kein Hehl daraus, daß ich es für wünschenswert halte, daß der Bergbauleiche Verein sich zu einem Arbeitgeber-Verband zusammenschließt und den Arbeitsnachweis in die Hand zu bekommen sucht. Und wenn gestern hier festgelegt ist, daß wir auch Arbeiterorganisationen haben müssen, ja steht ich auf dem Standpunkt, daß Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen abzusehn sind. Man hat gestern gewuht, daß Tarifverträge befriedigende Kompattoisse herbeiführen und Frieden bringen werden. Ich bin anderer Ansicht. Arbeiter-Organisationen verschärfen den Kampf. Der Kampf der Arbeiterorganisationen ist der Kampf, die Herrschaft bezw. die Vernichtung unseres blühenden Wirtschaftslebens. Sowohl die Gewerkschaften unter sozialdemokratischer Leitung stehen, als ihr Ziel in politischer Richtung bekannt. Der christlich-soziale Teil der Arbeiter-Organisationen erschien weniger gefährlich. Ich bin nicht dieser Meinung. Ich halte die christlichen Gewerkschaften für gefährlicher als die sozialdemokratischen. Dann ist mit die sozialdemokratische Richtung noch lieber; sie sagt offen, wohin sie steuert. Die andere Richtung steuert unter dem Mantelchen des Christentums. Sie weiß, daß die sozialdemokratische Herrschaft, wenn das Endziel erreicht ist, nicht von langer Dauer sein wird. Dann hofft sie, daß ihr die Herrschaft zufällt und damit hofft sie, unter Wirtschaftsleben zu herrschen und das Geistesleben zu töten. Reiche und einstimmige Arbeitseleganz ist die beste Lösung der sozialen Frage.“

Mit seinen scharfen Angriffen gegen die christlichen Gewerkschaften hatte Kirdorf natürlich „des Kalb in die Augen geschlagen“ und der Vertreter der Christlichen, der neugegründete Reichstagsabgeordnete Giesberts, dachte seine Entrüstung darüber, indem er mit Peitsche hervorhob, daß die christlichen Gewerkschaften unter der Flagge christlicher und nationaler Grundsätze marxierten und trotz der „Unausweichlichkeit“ der Unternehmer nicht von diesen Grundsätzen abweichen würden. Es muß wahrlich ein bitteres Gefühl sein für ein christliches Schädel, wenn es von den kapitalistischen Arbeitern trotz seiner Lammesgruß nach ebendrein verhöhnt wird. Über mit der Kartellfrage selbst hatte dieser Arztschädel nichts zu tun; er zeigte uns lediglich, wie wenig die Kapitalproleten auf die christliche und nationale Flagge geben.

Die Debatte über das Kartellwesen verlief, wie nicht anders zu erwarten war, völlig respektlos und bewies wieder einmal deutlich die Unfähigkeit der bürgerlichen Sozialpolitiker, das Ausbeuterium an der Wurzel anzugehen. Das Konzept dieser Herren ist das altbekannte: „Noch mit den Füßen, aber nach ihm nicht nach!“ Und wenn es noch irgend eines Beweises dafür bedurfte, daß die Kapitalpraktiker heutzutage das Heft in der Hand haben und nicht die Sozialideologen, so wird dieser Beweis erbracht durch das Schlußwort Schmollers, in dem er auf den großen Kirdorf ein Lobsiedlung während er den konsequenten Verlämpfer der Kartellpolitik, Raumann, einen Demagogen nannte, der „ohne Sachkenntnis die alten moralischen Phrasen gebraucht und die abgestandenen materialistischen Theorien durch kleinliche Beweismittel zu stützen gehabt habe“. Das genügt vollkommen, um die Trotzlosigkeit unserer vielgerühmten Sozialpolitiker auch dem blödesten Auge klarzumachen.

Arbeitslosigkeit im deutschen Fachverbänden.

In der Statistik der Arbeitslosigkeit, welche in regelmäßigen Zeitperioden vom Kaiserl. Statist. Amt vorgenommen wird, haben sich im 3. Quartal 1905 56 Fachverbände mit 957 073 Mitgliedern beteiligt. Im Vergleich mit den bisherigen Aufnahmen umfaßt die diesmalige Erhebung den größten Personenkreis, welcher zum größten Teil auf die Mitgliederanzahl in den berichtenden Verbänden zurückzuführen ist. So erhält z. B. der Metallarbeiterverband im letzten Quartal eine Zunahme von rund 10 000 Personen, der Holzarbeiterverband von rund 9000, der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter von rund 3000. Dieser starken Zunahme stehen freilich auch Rückgänge gegenüber, wobei besonders die Kriegs- und Dienstvereine in Frage kommen. Die vorherige Änderung des Personenkreises bestätigt nahtlos die Vergleichbarkeit der Ergebnisse nochmals. Das Resultat der Erhebung vom 30. Sept. d. S. ist das nachstehende: Am 30. September 1905 waren in den berücksichtigten Organisationen 9594 Mitglieder am 1. und 221 auf der Stelle als arbeitslos gemeldet, das sind insgesamt 11 085 Personen oder 14 Proz. aller Mitglieder. Des Kaiserl. Statist. Amts bewirkt hierzu, daß selbst, wenn man annimmt, ein Teil der Mitglieder unterliege die Meldung und wenn man davon aus einer gewissen Anzahl ausgeht, so kann ja die Ziffer von 14 nicht mehr als verhältnismäßig zum Mitgliedertypus je daran hin, daß sie in einem gewissen, in dem es der Statistik angehörenden Verein eine Vergleichsziffer der gesamten Organisationszahl eingesetzt sei. Mit dieser sehr vorprüfigen, unbestimmten Voraussetzung besticht aber die Ziffer von 14 Arbeitslosen pro hundert Mitglieder viel von ihrem gewöhnlichen Wert.

Die Zusammenfassung der Arbeitslosen am 1. und auf der Stelle ist am letzten Tage des Quartals bei den bisherigen Erfahrungen wie folgt:

1903	1904	1905	
31. März	20	31. März	16
31. Juni	32	31. Juni	21
31. Sept.	23	31. Sept.	13
31. Dez.	26	31. Dez.	24

Zu den Ergebniszahlen der Jahre 1903 und 1904 ist der Stand vom 30. September 1905 ein geringerer, was auf den jetzt über die Lage des Arbeitsmarktes befindlichen Untersuchungen zurückzuführen ist. Höhere Zunahmen ergaben sich nur aus den jüngsten einzelnen Verbänden einer Vergleichsziffer, die sich unter dem Durchschnittswert von 14 Proz. 30 Verbänden befindet, die rund 79 Proz. der Mitglieder verloren haben, während nur drei Verbände von 14 Proz. 23 Personen verloren. Diese Ziffern bestehen bis auf zwei Ausnahmen, in welchen je 9 von 109 Mitgliedern als arbeitslos geschaut werden. Viele Organisationen hatten nur die Ziffern 10.1 und die Rundziffer 12.2. Dauernd bestand nun auch gegen das gleiche Vereinsjahr des Vergleiches eine Veränderung aus. Es waren bei uns nur 2 100 Mitglieder am 1. und auf der Stelle erfasst, im 30. September 1904: 76, am 31. März 1905: 81, am 31. Juni 1905: 81 und die Ziffern erneut am 30. September 2. S.: 90.

Die Zusammenfassung der Ziffern aus diesen Jahren ist in der Tabelle der Arbeitnehmer am 1. und auf der Stelle der Arbeitslosen, im 30. September 1905: 21.2 im 3. Quartal 1904: 21.2 im 4. Quartal 1904: 20.3 im 1. Quartal 1905 und 199 im 2. Quartal 1905. Die Ergebnisziffern zeigen bestens in vollständiger Übereinstimmung mit den Ergebnissen der jüngsten Jahre gegen die Vorjahre, in gegen das Paralleljahr des Vorjahrs ein geringeres, gegen das 2. Quartal 1905 ein leicht höheres, gegen das 3. Quartal 1905 ein leicht niedrigeres.

Auch hier zeigt dieser Bereich bestens über diese Ergebniszahlen auf, was an alles ein je 100 Mitglieder im 3. Quartal 1. S. 21.4 20.2 von Arbeitnehmer gegen 22.6 im 3. Quartal 1904, 21.2 im 4. Quartal 1904, 20.3 im 1. Quartal 1905 und 199 im 2. Quartal 1905. Die Ergebnisziffern zeigen bestens in vollständiger Übereinstimmung mit den Ergebnissen der jüngsten Jahre gegen die Vorjahre, in gegen das Paralleljahr des Vorjahrs ein geringeres, gegen das 2. Quartal 1. S. 20.3 im 1. Quartal 1905, gegen das 3. Quartal 1905 ein leicht höheres, gegen das 4. Quartal 1905 ein leicht niedrigeres.

Die Ziffern der Arbeitnehmer am 1. und auf der Stelle der Arbeitslosen, im 30. September 1905: 21.2 im 3. Quartal 1904: 21.2 im 4. Quartal 1904: 20.3 im 1. Quartal 1905 und 199 im 2. Quartal 1905.

Schließlich ist die Zusammenfassung der Ziffern aus diesen Jahren im 30. September 1905: 21.2 im 3. Quartal 1904: 21.2 im 4. Quartal 1904: 20.3 im 1. Quartal 1905 und 199 im 2. Quartal 1905.

gerne wurden an 168 Mitglieder für 888 Tage 861.90 M.

der Unterstützung aufgezahlt.

Auf den Unterstützungsfall berechnet, betrug die durch-

schnittliche Unterstützungssumme 15.40 M. bei den am Ort

Arbeitslosen und 5.29 M. bei den Reisenden.

Zur Arbeitsmarktlage.

Insoweit die allgemeine Lage des Arbeitsmarkts in Betracht gezogen wird, ist das Gepräge derselben seit zehn Jahren nicht so günstig gewesen wie in der letzten Zeit. Seit Beginn der letzten gewerblichen Krise ist es im verschlossenen Monat das erste Mal gewesen, daß bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen das Angebot der Arbeiter hinter der Zahl der offenen Stellen zurückbleibt. Nach den Berichten des „Arbeitsmarkts“ kamen im Monat September auf je 100 offene Stellen 96.1 Arbeitssuchende, gegen 106.7 resp. 117.7 in dem gleichen Zeitraum der beiden Vorjahre. Das „Reichsarbeitsblatt“ erklärt die Gesamtconjunktur des Arbeitsmarktes als entschieden günstig. Die Beschäftigungsverhältnisse im Roßbergbau, in der Metall- und Maschinenindustrie, sowie in der Textil- und chemischen Industrie werden als sehr gut bezeichnet. Im Baugewerbe machen sich dagegen, dem Fortschreiten der Jahreszeit angemessen, die ersten Anzeichen eines Rückgangs der Bau-

tätigkeit geltend zu machen.

Die Beschäftigungsziffer der an das Kaiserl. Stat.

Amt berichtenden Gewerkschaften erhöhte sich gegen den Septemberstand um 29.74 Personen.

Nach den Berichten der Arbeitsnachweise gestalteten sich die Arbeitsverhältnisse gleichfalls ausgesondert. Bei 623 Arbeitsnachweisen, welche im verschlossenen Monat an das Reichsarbeitsblatt Berichte einbrachten, standen einer Steigerung der Arbeitsgenüche um rund 5000 gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der offenen Stellen um rund 22.000 und der Vermittlungen um rund 12.000 gegenüber.

Nach den Ergebnissen der Facharbeitsnachweise unserer Branche ist gegen den Parallelmonat des Vorjahres eine Abnahme der Arbeitsnachweise um 90 und eine Zunahme der offenen Stellen um 441 und der besetzten Stellen um 352 eingetreten. Auf die einzelnen Arbeitsnachweise entfallen:

Arbeitsnachweis	Offene Stellen	Besetzte Stellen	Stellen
des Preu. Verk. d. Bd. Zug.	69	52	52
in Gangolberg	—	—	—
d. Centralvereins i. A. F. M. B. d. Berlin	435	320	315
d. G. J. Concordia, Berlin	321	331	235
Germann I, Berlin	329	307	307
Germann II, Berlin	475	343	343
Frankfurt a. O.	23	19	19
Breslau	58	50	39
Critius	122	111	111
Bozen	68	57	57
Bremen	262	252	252
Halle a. S.	126	110	103
Kiel	58	26	26
Hannover	155	103	103
Karlsruhe u. W.	162	69	69
Düsseldorf	10	6	4
Überfeld	34	60	54
Münster	422	201	187
Würzburg	76	59	44
Chemnitz	252	169	169
Dresden	240	238	238
Leipzig	339	357	329
d. Arbeitnehmer in Dresden	—	—	—
d. Gewerberente in Leipzig	97	76	76
d. G. J. Freiberg i. B.	49	45	42
Freiberg	41	16	16
Berlin	141	94	97
Wiesbaden	122	105	91
Wetzlar	25	32	25
Frankfurt	72	51	51
Wiesbaden	45	30	30
Coburg	33	18	26
Hameln	245	323	323

Dies ergibt insgesamt 5126 Arbeitssuchende, 4281 offene Stellen und 445 Vermittlungen. Bei je 100 offenen Stellen ergeben sich 121.4 Arbeitssuchende; da jedoch unter den offenen Stellen 745 Ausnahmen sind, ist die Zahl der Arbeitssuchenden bemerkenswert erstaunlich.

Zum Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin wird die Ziffer im Baugewerbe als zurückhaltend bezeichnet; die Vermittlung war reicher als im August, da für die Vermittler sie Teil des größeren Umfangs bekommen hat. Der Arbeitsnachweis in Breslau behauptet, daß Arbeit an erheblichem Content besteht (!); solche und darüber liegenden über Maß an jüngsten Gewerken sind diese Vermittlung, obwohl sie zeitiglicher Maß an Gewerken verfügt. Weitere Bemerkungen über die Arbeitsnachweise liegen keines der Berichtszeitungen vor. Zuletzt ist jedoch zu erläutern, daß die Arbeitsverhältnisse in ungefähr gleicher Stärke gegen die Vorjahre etwas besser sind, wobei jedoch nicht einer Art gelassen werden kann, daß in einzelnen Städten ein gesättigtes Überangebot von Arbeitsmännern vorliegt.

Die Innungsspreche und unser Streben nach Verbesserung unserer Lage.

Wir sind in den letzten Jahren die fortwährende und verfehlte Richtung unseres Strebens nach Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen, wie wir sie jetzt in der Innungsspreche suchen, zu gesucht, doch kann es kaum noch soviel sein, daß man mal jemand aus den Reihen der Innungsspreche in sozialer Beziehung die Verfehlung der Verfehlung nicht erkennt. Und trotzdem kommen bereitwillig beide vor, wo etwaischiger Arbeitgeber ihre von dem Chancen der Innungsspreche erwarteten und zeitgemäßen Aussichten öffentlich zum Ausdruck bringen. Hier liegen sicherlich die Fehler in der Wahrheit, denn ihre Aussichten mit Wahrheit und Wissenschaft zu kontra zu legen, dazu sind andere Ansprüche in der Wahrheit vollkommen außer Zweck. Sie leben nur: „Stimmen ist der Verlust ist ein unserm geistigen Raum!“ So verlieren sie auch wieder mit dem Gewerbe verbunden, der in der „Gewerkschaften“ versteckt ist.

Sie mit den Verfehlungen der Innungsspreche rechtfertigen diese und schulmachen gegenwärtigen sozialen Beziehungen, so gut mit der Gewerkschaften zu beschreiben, ist nicht schwer zu sagen, vor allen Dingen

nicht die der Alten. Sie sagen: Wir sind bei ganz anderer Bladerrei und bei ganz andern und viel ungünstigeren Arbeitsbedingungen groß und gut geworden, kein Mensch und seine Frau hat sich um uns gesorgt und wir sind gefühlt worden, sind alt und selbstständig geworden, trocken und alleidem. Wir haben vor allem gelernt, keine Arbeit, keine Lust und keine Mühe zu scheuen, und die Groschen festgehalten, bis sie zu Faltern wurden. Das alles wurde erreicht, weil man zu unserer Zeit von sogenannter sozialer Fürsorge noch nichts wußte und wir selten Zeit und Gelegenheit hatten, das durch Arbeit mühsam Erworbenen leichtfertig zu vergeuden. Und das war gut.

In gewisser Beziehung haben sie recht, denn Gelegenheit macht Diebe, aber in anderer Beziehung haben sie unrecht. Schön war es doch gerade nicht, sich Tag für Tag abplatten zu müssen, vom Sonntags nichts und von den Feiertagen recht wenig zu wissen, und wenn man sich fügte, so war es, weil es bei den andern Verfehlten verhältnismäßig kaum besser war und die damaligen Einrichtungen eine andere Arbeitsweise nicht gut duldeten. Aber es ist anders in der Welt geworden. Die moderne Technik hat uns andere Mittel geschaffen, wie sie seither waren — ob immer zu unsern Besten, bleibe dahingestellt — und manche anderen Verbesserungen geschafft, von denen man früher nichts wußte. (Sie aufzuzählen ist für den Praktiker unnötig.) Dazu ist dann gekommen, daß die Bedürfnisse andere und höhere geworden sind und zu diesen zählt, daß jeder im gewerblichen Leben Tätige, sei er nun Meister, Geselle oder Lehrling, nicht ausschließlich Tätiger und Schaffender, sondern auch Genießer sein will. Das kann man, im Grunde genommen, niemandem verdenken und andererseits ist Bedürfnislosigkeit ein Zeichen niedriger Kultur; es kommt noch hinzu, daß die Ansprüche, welche Staat und Komitee an den Einzelnen stellen, größere und höhere geworden sind, wie früher. Man denkt nur einmal an das Reichstagswahlrecht, welches jedem Fünfundzwanzigjährigen ohne Rücksicht auf seinen Stand und die Art seiner Beschäftigung gegeben wurde, waren Unglückspropheten genug vorhanden, und wenn es so gekommen wäre, wie der Bädergeselle und ehemalige päpstliche Ziaue Kahlbaum in Berlin seinen Kollegen schon 1868 vorpredigte, dann hätten die Unglückspropheten allerdings Recht gehabt. Aber es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, und auch die Kahlbaumschen sind nicht hineingewachsen, allein doch in den verträumten Hasleien nicht ein Trümchen Verunsicherung gewesen wäre, welches Wurzel schlug, kann doch kein Vernünftiger annnehmen. Das bisschen Vernünftige hat Wurzel geschlagen und seine Entwicklung hat unendlich viel Zeit erfordert, als in den andern Gewerben.

Vergangenes Jahr 1868. Die Wahlen zum konstituierenden Reichstag und zum ersten ordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes stattgefunden. Zum erstenmal war die Sozialdemokratie bei den Wahlen auf den Plan getreten und ihre Agitatoren hatten die Lassalle'schen Lehren verbündet. Die damals in Berlin mögliche Fortschrittspartei merkte, daß ihr das Wasser abgegraben werden sollte, sie schickte den jüngst verstorbenen Dr. Max Hirsch nach England, um die Trades Unions zu studieren und dieser veröffentlichte in den damals viel gelesenen Berliner Volkszeitung seine „Sozialen Briefe aus England“. Im Essener Berggebiet bereitete sich ein Streit vor und alles zeigte, daß auch in Berlin der Boden zu einem solchen vorhanden war. In den ersten Tagen des Februar brach von dem sozialdemokratischen Agitator, dem nachmaligen Reichstagsabgeordneten Hirsch geschickt, der erste größere Streit, der Berlin gesellt, der Zigarettenarbeiterstreit aus, die Bäder, die Zimmerer und die Maurer folgten, und im September fand der erste deutsche Arbeiterkongress statt, auf welchem die sozialdemokratischen Gewerkschaften gegründet wurden. Dr. Max Hirsch gründete seine Gewerkschaften und in Sachsen und Südwürttemberg schlossen die sogenannten „Internationalen Gewerkschaften“ wie „Wilze aus der Erde“. Das war das Jahr 1868.

Und wenn nun in diesem der allenthalben brodelnden Gedanken der gewerkschaftlichen Vereinigung nicht auch bei den Bädern Wurzel lagte, so ist dies nicht zum wenigsten der nicht sympathischen Persönlichkeit Kahlbaums und dem minder agitatorischen Geschick seines Nachfolgers Merkl zu verdanken; freilich kamen andere Dinge noch dazu, wie der Streit, der unter den Lassalleanern und den sogenannten Chräliern ausbrach, ferner der 1870er Feldzug und andere im Bädergewerbe selbst liegende Gründe.

Aber fragen wir uns einmal, was in den zwischen damals und jetzt liegenden nun fast 40 Jahren für gewerkschaftliche Gewalte stattgefunden, welche Unsummen von Geld und Energie für Verbesserungen haben. Ob man will oder nicht, das muß man anerkennen. Schritt für Schritt haben sich die Arbeiterorganisationen eine Stellung erkämpft, und wer das bestreiten wollte, dem gibt die Anzahl der Abgeordneten des Reichstages die entsprechende Antwort.

Ziel, sehr vieles ist anders geworden, und daß die Bädergesellen davon unberührt geblieben sind, kann niemand behaupten, sie sind doch nicht blind, daß sie bessere Lebensbedingungen der Anderen nicht sehen sollten, und es ist nun einmal der Sinn der Welt, daß der Appetit mit dem Essen kommt, und so werden auch erhöhte Forderungen der Gesellen kommen.

Nicht dagegen, daß sie kommen, soll man sich wehren, sondern gegen die Art und Weise, wie sie geltend gemacht werden und zum andern gegen die Mittel, welche zur Errichtung derselben geltend gemacht werden. Das Geiste hat die Gewerkschaften geschaffen, sie sind in allererster Reihe das Medium, durch welches event. Forderungen geltend werden können und mit welchen auch verhandelt werden kann, weil sie innerhalb der Innungen ihre Stelle haben. Gewerkschaftsmeiste wird man erfüllbare Forderungen diesen noch eher gewähren, als wenn sie von anderer Seite kommen, denn die Geschichte der Arbeiterbewegung hat gelehrt: Wen gräbt den sozialdemokratischen Leuten und deren Aposteln viel eher den Boden ab, wenn man mit den geistmäßigen Vertretern verhandelt, als wenn man sich tief — gegen ihre Wünsche verhält. Es ist also klar, wenn man diesen Vertretern den Rücken stärkt, und nicht meint flieg und im eigenen Interesse der Meister, wenn man zeigt, daß man vernünftigen, erfüllbaren Forderungen nicht abgeneigt gegenübersteht, wenn sie von den

gelehrmäßigen Vertretern in angemessener Form gestellt werden, und noch lässer ist es, wenn man diesen Forderungen dadurch zuvorkommt, daß man die Vertreter der Gesellen selbst zur Besprechung derselben einlade, weil dadurch dem Angriff abgelenkt und ihm die Spur abgebrochen wird.

Der Kästlerschreiber erkennt also ohne weiteres an, daß das Streben der Arbeiterschaft nach besserer Lebenshaltung berechtigt ist und daß sich die Arbeiterschaftorganisationen heute eine bedeutende Stellung erkämpft haben. Er weiß auch, daß es garnicht anders kommen könnte, daß auch die Arbeiter unseres Berufes schließlich die Macht der Selbsthilfe durch eine starke Gewerkschaft erkennen müßten. Und das ist zur Freude aller Freunde der vorwärtsstrebbenden Arbeiterschaft und zum großen Vergnügen aller Realionäre und Dünkelmänner nun endlich geschehen. Deshalb werden auch nun Lohnkämpfe in unserem Berufe nie und nirgends mehr ausbleiben und nur auf die Arbeitgeber kommt es an, ob diese Kämpfe in beiderseitigem Einigegensein durch Abschlüsse von Tarifverträgen enden, oder ob dieselben die Meister schwer schädigenden Streit und Hasskampf herauftreiben.

Dass wir immer und überall zu Verhandlungen neigt sind, haben wir bei den Lohnkämpfen der letzten Jahre bewiesen und von dieser Taktik werden wir uns auch weiter leiten lassen. Wo uns annehmbare Augenläuse aus unserer Forderungen gemacht werden, greifen wir überall zu und vermeiden gern den Streit. Wo man aber nur mit albernen Phrasen unsere Forderungen glaubt abtun zu können, dort werden wir auch mit größter Schärfe unsere Kämpfe zu führen wissen!

Eine gelbe Gewerkschaft der Bäder Berlins.

Sehr lange sind die schweren und bilden Innungshäupter in Berlin schwanger gegangen mit allerlei Projekten, wie man sich eine willkürliche Garde von gewohnheitsmäßigen Streisbrechern im Lager der Gesellen heranbildung könne und vor allem, wie man das Gros der Gesellen dem Verbande abwendig machen könne. Und endlich nach sehr langem Brüten haben ihre bilden Schädel den Weg entdeckt, der unbedingt zum Heile führen muß und vor uns liegt ein Statut jener neu zu schaffenden gelben Gewerkschaft, ein Statut, welches ohne Weiteres verrät, daß es nur von hohen Bädermeisterschädeln gemacht sein kann, so dummi und absurd sind dessen einzelne Bestimmungen. Gesellen, die auf solche Wache hereinfallen und Mitglieder dieses undenkbaren Wechselspaltes einer Innungsmischgeburt werden, verdienten es, wegen allzu großer geistiger Armut mit ein paar großen Hötern, die sie stets sichtbar zu tragen haben, prämiert zu werden! Verein der Bädergesellen des Meistervereins" nennt sich diese innungsmischgebürtige Mißgeburt und wie sein Name zum Lachen und Weinen zugleich reizt, so geht es allen Bestimmungen dieses "Musterstatuts" vom Verein der Langen. Der § 1 bestimmt die Firma dieses Vereins noch ausführlicher, wenn auch nicht präziser, sondern nur noch etwas vorwerner, denn darnach betrifft sich das Monstrum eines Vereins folgendermaßen: "Verein der Bädergesellen des Südwest- und Südwest-Friedrichstadt-Meistervereins zu Berlin." Das dieses Unitum von einem Verein auch ebenso alberne Zwecke anführt, denen er dienen will, ist ganz selbstverständlich. So will er "geregelte Verhältnisse zwischen Meister und Gesellen schaffen." Was versteht man unter geregelten Verhältnissen in dieser Verbindung? Nach den Begründen der Meister doch nur, daß sich die Gesellen in der von ersten gewünschten Weise befunden haben. Dann will der Verein auch Mißstände beseitigen — aber nicht die Mißstände in den Bäderen, wo zu genügend Gelegenheit geboten wird, sondern nur "die Missstände im Verkehr zwischen Meister und Gesellen". Den Bildungsgrad will der Verein auch haben. Wie notwendig dieses ist zeigt uns das Unitum von einem Statut, wie es hier vorliegt. Dann will der Verein auch die unterstützen, welche Meister werden. Nun ade, Pleitegeier, für dich wird es in Zukunft unter den Bädermeistern nichts mehr zu holen geben.

Aber vorsichtig ist der Verein, denn er sagt nicht im geringsten, wie diese Unterstützung beisammen sein soll, läßt sich also hierin vollkommen freie Hand und seine Mitglieder wissen nicht, ob diese Unterstützung in Geld, Credit oder alten verdrehten Bäderbüchern ausgezahlt wird.

Ganze 3 Versammlungen will der Verein im Jahre abhalten, damit seine Mitglieder nicht zu oft die Bädermeisterlicher Fürsorge zu verlassen brauchen; es gibt also dann je zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten eine Versammlung, und diese soll auch mit der Vorsitzende des Meistervereins zu seilen und zu schließen haben. Zu viel Rechte haben also die Gesellen als Mitglieder nicht.

Dass der Verein in seinen Statuten so nebeneinander noch bestimmt, daß Politik in den Versammlungen ausgeschlossen sein müßt, ist ganz selbstverständlich, aber überraschend, denn die ihm beitreten, müssen mindestens so dummi und verzagt sein, daß sie gar nicht wissen, was das Wort Politik bedeutet.

Der Beitrag soll pro Monat 25 H betragen und durch den Voten des Meistervereins einzogen werden. Wie vorsichtig! Ob da nicht ein wenig Druck angewandt wird, daß solche Gesellen, die nichts mit solchem Verein der Langen zu tun haben wollen, beizeiten aus ihrer Arbeit fliehen? Gedenkt hat den bilden Innungschädeln beim Ausarbeiten dieses grandiosen Statuts etwas ähnliches vorgeschwobt.

Nebst Vereinsvermögen und Kasse wird bestimmt, daß sie nach den Grundzügen des Ehren-Kästlers vom Präsidenten des Meistervereins verwaltet werden. Wie liebenswert! Wenn sich also Leute finden, die so polizeiwidrig dumm sind, diesem Verein beizutreten, dann können und müssen sie zahlen, haben aber nichts zu sagen! Dazu muss man aber darüber, daß die Herren noch extra bestimmt haben, für Streits diese nichts von diesem Gelde verwendet werden. Ihre schönen Verwaltungszwecke werden so schon dafür sorgen, daß nie etwas da ist.

Doch das Schönste kommt noch; nämlich: Wenn jemand 5 Jahre Mitglied des Vereins ist, sich verdient gemacht hat und 5 Jahre bei einem Meister dieses Bezirks gearbeitet hat, so soll er eine Prämie von 10—100 H erhalten. Die Innung spart dann die Prämie und diese können die Gesellen sich selbst bezahlen.

"Die Hauptaufgabe soll sein, Gesellen wie Gehüßen zum Sparen anzuhalten," das ist der Weisheit letzter Schluss in diesem Musterstatut einer innungsmischgebürtigen Mißgeburt.

Kürzlich, man sollte glauben, daß dieser Wechselbalg eines Vereins so lange keine Mitglieder bekommen würde, so lange den Bädermeistern in der Lehre nicht Hörner und Friesohren angedrohten könnten. Einen größeren Auskund von innungsmischgebürtiger Dumheit und Konfusion

als wie er in diesem Statut liegt, haben wir noch nicht geschenkt, und die Männer des Gesellen vor aller Welt lächerlich zu machen, sollten sie sich ihre Weisheit patenteren lassen. So lange solch frischer Christus mit größter Dumheit gepaart, in den Kreisen der Berliner Innungskräuter noch sein Wesen treibt, sind diese auch wert, die Geschicke des Germanaverbandes zu leiten. Sie haben hierin ihrer Tölpelhaftigkeit einen neuen Denkstein gesetzt

Aus unserem Berufe.

Leipziger Innungenmagazin. Im Versammlungsbericht der Abgangszeit Leipzig wird zum Bericht der Beauftragten ausgeführt: "Es wurden 758 Bäderen mit 1078 Gesellen beschäftigt und die Unlagen fast durchgängig für gut befunden. Interessant ist es, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, daß auf diese 758 Betriebe nur 681 Lehrlinge kommen, also nicht einmal ein Lehrling auf jeden Betrieb! Zu den 1078 Gesellen kamen noch 22 Konditoren und 670 weibliche Kräfte, zusammen 1762 bezahlte Personen, also traurig erst auf heimliche die dritte bezahlte Kraft ein Lehrling. Somit kann bei den Leipzigerinnen von einer Lehrlingszüchterei keine Rede sein." Das Demagogentum sieht den Leipziger Innungensegeln sehr ähnlich! Wenn also auf 1078 Gesellen 681 Lehrlinge beschäftigt werden, jährlich also nicht weniger als 227 auslernen und alle 5 Jahre die Zahl der beschäftigten Gesellen vollständig durch Neuzugänge ersetzt ist, so kann nach dem famosen Kunststück des ollen ehrlichen Statistikers "bei den Leipzigerinnen von einer Lehrlingszüchterei keine Rede sein!" Um das nachzuweisen, rechnet der Demagog die 670 weiblichen Hülfekräfte mit zu den Gesellen hinzu. Ob er annimmt, daß diese weiblichen Hülfekräfte später durch Gesellen ersetz werden sollen? Eine ziemliche Portion Fr-eiheit gehört schon zu solcher Demagogie!

Bäderverein zu Alkmaar. Der Bädermeister August Weiß stand wegen angeblicher Unserbereitheit, die in seinem Betrieb vorgekommen sein sollten, fürstlich unter Anklage. Es erfolgte Freispruch. Entlastungszeugen bestätigten, daß übriggebliebener Teig zusammengetragen und zu anderem Gebäck wieder verwandt wurde. Ein Zeuge, der als Befehlshaber in der Bäderei tätig gewesen war, meinte, daß dies Verfahren in vielen Bäderen üblich sei, wenngleich er persönlich es nicht gern habe; auch seien diese Teigreste immer gleich eingeweicht und am nächsten Tage wieder verwandt worden. Die Hauptbeschuldigungszeugen: der Lehrling, der, weil er wegen gefährlicher Arbeitszeit mit Anzeige gedroht hatte, von der Meisterin geschlagen worden war, und der Bädergeselle Hanse waren nicht zur Stelle. Hanse soll sich auf der Wanderschaft befinden und nicht aufzufinden sein. Der Staatsanwalt gab dem Gericht anheim, diese beiden Zeugen eventuell herbeizuschaffen, beantragte jedoch im übrigen Freispruch und meinte, daß der Lehrling, der die Anzeige wegen Nachtragsmittelfälschung nach seiner Entlassung gemacht hatte, offenbar "unter gewissen Einflüssen" gehandelt habe. Auch der Verteidiger wies auf "gewisse Einflüsse" hin und sprach von sozialistischen Kommissionen, die in den Bäderen herumjagten. Klärung ist in der Sache infolge der Richternehmung der Hauptzeugen nicht gebracht. Noch weniger sind die angeführten Bemerkungen der Staatsanwältin und Verteidigung geeignet, die Befähigungsermittlung zu erleichtern. Es ist das gute Recht der Bädergesellen und Bäderlehrlinge, darauf zu dringen, daß Mißstände in den Bäderen in ihrem eigenen Interesse und dem des Publikums beseitigt werden. Verdächtigung nicht vernommenen Zeugen entbietet nicht dem Metalurgiefachgenossen, das der Gesetzgeber in Bäderen und Konditoreien herstellen will.

In Altona (Pommern) steht die Lehrlingszüchterei und Ausbildung. In 30 Bäderen sind nur 16 Gesellen beschäftigt, aber 28 Lehrlinge. In einer Bäderei arbeitet 1 Geselle und 4 Lehrlinge. Die Arbeitszeit dauert für Gesellen wie für Lehrlinge durchweg von morgens 2 Uhr bis nachmittags 2, auch 3 Uhr. Dann müssen die armen Lehrlinge aber noch 3 bis 4 Stunden täglich Brot weg tragen oder fahren. — Es wird höchste Zeit, daß sich auch hier die Kollegen aufstellen und eurem Verbande anschließen, denn mir daran ist auf Einschränkung wichtiger Handelsobjekten Ausbildung zu rechnen. So lange aber die Kollegen nicht organisiert sind, ist an Besserung keiner traurigen Verhältnisse nicht zu denken!

Am 5. Oktober stand in der Befehlshalle in Bielefeld eine öffentliche Versammlung statt, in welcher unter anderem auch die Mißstände in den Bielefelder Bäderen besprochen wurden. Wie schon oft, hatten sich zu obiger Versammlung auch eine Anzahl Innungsschädeln eingefunden. Wie diese nun das Wort "Mißstände" hören, gibts ein Mordgeister und ein über das andere mal färbt sie: "Ja Bielefeld gibts eine Mißstände, unsere Gesellen sind alle sehr zufrieden." Es scheint dieses tatsächlich der Fall zu sein, d. h. in der Bäderei Röltig (Konsummeieramt) arbeiten 6 Gesellen mit abwechselnder Schicht, 3 am Tage, 3 zur Nacht. Diese 6 Gesellen und 2 Kutschern leben in 2 Zimmern 4 Betten zur Verfügung. Wenn man die Nachschicht aufsteht, fließt die Tagesschicht in die schönen warmen Klappen hinein, wo die Nachschicht jedoch herausgetrieben ist. Die Betten werden also das ganze Jahr hindurch nicht fort, was für die zufriedenen Gesellen ja sehr angenehm sein mög. Des Sonntags schlafen aber alle Männer drei und zwei zusammen. Wie nun natürlich zwei Verbandskollegen diese Lente erlaubten, sich zu organisieren, werden sie umgedacht; daraus aufmerksam gemacht, daß das Zusammenschließen den männlichen Personen politisch verboten ist, entworteten diese zufriedenen: "Du kennst Ihr aber lange rumausen, bis Euch beim Meister ein eigenes Bett zur Verfügung gestellt wird?" — In der Bäderei A. Helffort ist der Sezon des Gesellen so feucht, daß diezen der Anzug und der Stoß total verchromt ist. Schrank, Tisch und Stuhl waren hier überhaupt auszugehen. Bei einem anderen Bädermeister verlangte dieser Lage der dort beschäftigte Knecht seinen Lohn. Den bekam er nicht, aber eine tüchtige Tracht Prügel, daß das Gesicht ganz geschwollen war. Diesem Herrn werden wir nächstens gehörig an die Hammelbeine kommen, denn er soll mit Vorliebe berichtete Bäderen in den Leig verwerten. — Wenn dies nun alles noch keine Mißstände sind, meine Herren von Bielefeld, dann werden wir Ihnen nächstens noch mehr aufdrücken, gebeten Sie sich aber in Acht, daß Sie selbst nicht dabei sind. Wenn die Bielefelder Kollegen nicht so tan rütteln und sich organisieren, anstatt sich von dem Vorstand des Kästlersvereins leithammein zu lassen, dann könnte man bald sagen und zwar mit offtem Gewissen, in Bielefeld gibts keine Mißstände mehr!

Im christlichen Verbandchen. Die Christgruppe dieses Bielefelder Verbandchens bildet am 15. Oktober ihr "Stiftungsfest" ab. Neben den Verlauf des Festes wird uns berichtet, daß namentlich die Meister recht zahlreich unter den Besuchern vertreten waren. Auch Obermeister Mehren war erschienen und soll gleich 15 H Eintrittsgeld bezahlt haben, für die niedrige Stufe dieses Verbandchens mag dieser zwangsläufig obermeisterliche Beitrag ein willkommener Preis gewesen sein. Obermeister Mehren wird jedermann gewünscht haben, warum er die 15 H bezahlt hat und uns braucht es auch niemand sagen, welche Gründe ihn dabei geleitet haben. Bedenkt, daß er es nicht zu Streitwaffen hergegeben. Im weiteren Verlauf des Festes wurden dann Ansprüche gestellt, wobei Mehren als Obermeister die "Christlichen" zu gemeinsamem Zusammenarbeiten mit der Innung aufforderte. Daß die Christlichen namentlich aber unter Leitung ihres jetzigen "Führers" Gräsel, das fertig bringen, das hermeisterlich nicht im geringsten. Es genügt hier, um unsere Nichtbezeichnung als Christliche zu bestimmen, daß der "Führer" der Christlichen dem Obermeister volle Ergebenheit zusicherte und ihn schließlich hoch leben ließ, wobei die Anwesenden begeistert einschätzten. — Die Christlichen sind also schon richtig zur Altimann-Gesellschaft herabgesunken. Dagegen weiß ich nichts, wohl aber dagegen, daß diese Leute damit hausieren gehen, sie wollen das Gleiche, wie der deutsche Bäderverband. Daß dieses Verbandchen, auch wenn es mal irgendwo zur Macht gelangen sollte, niemals im Stande sein wird, die Interessen seiner Mitglieder auch nur annähernd wirkungsvoll zu vertreten, das beweist jedermann der Verlauf ihres Stiftungsfests in Köln. Und schließlich jungen schon die "Führer" desselben, daß den Meistern, ihren guten Spendern, nicht wehe getan wird!

Wie überall, so ist auch im Markgräflerland Bäderlingszüchterei und lange Arbeitszeit an der Tagesordnung; daß dem die organisierten Kollegen nicht länger zuwenden könnten, ist klar und ist jetzt der Lohn für deren Mühe gekommen. Am April machten sich mehrere an Sonnabend an die Arbeit und vormittags wie abends war diese nicht ohne Erfolg, denn die Herren Krauter in Gummersdorf kamen bis dato eine Verordnung und Holenderstaat lobte wie garnicht. Während der Vormittagskirche und abends nach 6 Uhr verkauften sie Brot, wie sie wollten, denn der Ladenclus wurde bloß verfeiert, aber die Tür war in den meisten Fällen nicht geschlossen und so war es den Kollegen ein Leichtes, die Liebhaber festzustellen. Lehrlinge kamen am Sonntag um 11 Uhr noch sehen, wie sie das Brot durch die Straßen schlepten. Kollege Strobel in Mannheim, damals noch in Freiburg, brachte die ganze Sache zu Papier und sandte diefelbe nach Karlsruhe an den Gewerbeinspektor. Im Mai wurden dann einige Buben verhaftet, wo natürlich garnicht stimmte, und im August wurden alle der Kontrolle unterzogen, im September nochmals von einem Gendarmen. Gest haben die Herren die Strafzettel erhalten, über welche sie natürlich recht wild geworden sind. Giner gab im Sommer die Erlaubnis, daß der Lehrling am Sonntag nach Fahr dürfe; aber o weh, als er eine Stunde zu spät heimkam, mußte er am Montag zur Strafe den Schweinfest mit Haftnacht austümchen. Es macht sich ja sehr gut, Bäder und Gasthäuser. Ein netter Kerl scheint der Hochcollege Scheer zu sein, der bei dem Herrn zunächst in Arbeit steht. Kommen da in letzter Zeit einmal einige Kollegen in die Bäder, zum Adler und holendem mit Hünnebecker Wirtshaus und nebenan sah der genannte Scheer, der dann die Herren Meister in Schuß nahm, bloß um sich auszuschmecken. Scheer war schon Bädermeister in der Schweiz, ist über letztes Jahr bereit gegangen und scheint wenig Gefühl für Arbeiterinteressen zu haben. Kollegen von Gummersdorf! Gest ist es an Euch, ob Ihr die alten Verhältnisse abschütteln wollt. Das kommt Ihr mit, wenn Ihr Euch alle unserem Verband anschließt!

Neben Erfindungsschutz.

Patentanwalt Dr. Fritz Fuchs, dipl. Chemiker, und Ingenieur Alfred Hamburger, Wien, VII. Siebensternstraße Nr. 1.

Es geben oft wirklich wertvolle Ideen verloren, die werden von unbefreiter Seite ausgenutzt, ohne daß der Erfinder von seiner Erfindung irgend welchen Nutzen gezogen hat. Die Ursache dieser traurigen Erscheinung ist die, daß dem Publikum zu wenig Gelegenheit geboten wurde, sich über den Schutz des geistigen Eigentums bewußt über den Erfindungsschutz zu informieren. Zur eine Erfindung ist hauptsächlich der Grundgedanke maßgebend, der das Prinzipielle der Erfindung enthält, während die konstruktive Ausführung meistens von jedem befähigten Fachmann vorgenommen werden kann. Es ist daher dem Erfinder, die durch Studien oder glücklichen Zufall in die Lage kommen, zu erfinden, besonders anzurempfen, sich sofort die Idee in der gedachten Ausführungssform schützen zu lassen, wobei der Patentanwalt leicht im Sinne des Erfinders den Schutzbereich der Erfindung weiter ausgestalten kann. Es kommt aber sehr häufig vor, daß die Erfinder sich mit ihrer weniger Idee füllt, die nicht zur Gewinnung verpflichtete Person, wie ein beiderer Patentanwalt, an irgend einen Mechaniker, Maschinenbauer, Chemiker usw. werden, der dann die Erfindung zu seinem eigenen Vorteil vervollständigt. Hauptfachlich ist aber vor unverantwortlichen, das ist nicht vom I. L. Patentamt als zur Vertretung von Erfindern befähigt, unerkannt und unangesehenen herzlich nicht berechtigten Personen zu warnen. Ist auch der Gegenstand noch so klein, so kann der finanzstelle Erfolg bei der richtigen Ausnutzung der Patente ein bedeutender sein und es hängt deshalb meistens neben der Bedeutungkeit der Erfindung hauptsächlich von dem Umfang des Schutzes und der rationellen Bewertung ab. Es ist auch weiter den Erfindern, die auf eine Idee kommen, die außerhalb ihres Fachwissens liegt, außerst schwierig, dieselbe auszuarbeiten und so auszugehen, daß mit ihr patentfähig und praktisch verwendbar wird. In dieser Beziehung werden gewöhnlich viele Erfinder sehr traurige Erfahrungen gemacht haben, nachdem eine sonst gute und sogar bedeckende Erfindung infolge nicht sach- und fachgemäßer Ausgestaltung kein Ergebnis brachte.

Zu diesen Staaten werden rechtsgültige Patente nur auf jene Erfindungen gegeben, die unbedingt als neu erachtet sind und können auch Verbesserungen an bereits bekannten und auch patentierten Gegenständen geschützt werden. Das Patent gibt dem Erfinder deswegen auch die Verteilung allein zu erzwingen, anzuwenden und in den Handel zu bringen. Wenn jemand ohne ausdrückliche Erlaubnis des Patentinhabers einen patentierten Artikel erzeugt oder schält oder einen anderen herstellt, stellt sich eine strafbare Handlung dar, die gerichtlich mit Geld- oder Arreststrafe geahndet wird.

Im Österreich ist am 1. Januar 1899 ein neues Patentgesetz in Kraft getreten, demzufolge Patente nur auf Erfindungen erteilt werden, die nach gründlicher Prüfung im I. L. Patentamt als neu befunden werden. Der Besitz eines österreichischen Patentes bietet daher jetzt die

Beilage zu Nr. 46 der „Bäcker-Zeitung“ vom 18. November 1905.

Bäckereiverhältnisse und Bäckerorganisationen in Paris.

Unter der alten Monarchie war die Bäckerei einer Unzahl von Verordnungen und gesetzlichen Bestimmungen unterworfen, welche die französische Revolution fast vollständig aufhob. Bloß den Gemeinden war durch das Gesetz vom 19./21. Juli 1791 das Recht vorbehalten worden, die Preise des Brotes zu bestimmen; aber schon durch eine Verordnung der Regierung vom 11. Oktober 1801 war bestimmt worden, daß niemand das Bäckergewerbe ohne ausdrückliche Genehmigung des Polizeipräfekten ausüben dürfe, sein Bäcker durfte sein Gewerbe verlassen, falls er nicht 6 Monate vorher den Präfekten von seiner Absicht in Kenntnis gebracht hat. Ferner durfte kein Bäcker ohne ausdrückliche Genehmigung die Zahl seiner Lehen vermindern, endlich waren 4 Syndici, die von je 24 Bäckern zu wählen waren, mit der Beaufsichtigung dieser Verordnung betraut. Durch eine Polizeiverordnung vom 7. November 1801 wurde jedem Architekten, Baumeister, Maurer usw. verboten, Bäckereien zu bauen, ohne vorher eine ausdrückliche behördliche Erlaubnis erhalten zu haben. Am 4. Juli 1803 wurde auf Veranlassung der Syndici die Zahl der Wähler von 24 auf 18 für jeden Stadtbezirk erhöht, der Polizeikommissar sollte diejenigen Bäckermeister bestimmen, die wahlberechtigt sind, später wurden sie für 2 Jahre ernannt mit dem Rechte der Wiederwahlbarkeit, während die Syndici auf 4 Jahre gewählt wurden und in jedem Jahre der vierte Teil von ihnen auszuscheiden hatte. Mit unwesentlichen Änderungen blieben diese Bestimmungen bis zum Jahre 1860 in Kraft.

Im Jahre 1801 gab es in Paris 641 Bäckermeister, deren Zahl im Jahre 1860 auf 601 zurückging, so daß eine Art Apothekermonopol für die Brotversorgung von Paris vorhanden war. Nach der großen Einigung der Bäckerei im Jahre 1860 wurde die Zahl der gestalteten Bäckereibetriebe auf 920 erhöht, aber binnen kurzem durch den Rückkauf, für die eine besondere Kassenorganisation der Bäckermeister bestand, auf 907 verminderter.

Durch eine Polizeiverordnung vom 8. April 1824 wurde jeder Bäckermeister verpflichtet, die ihm von der Polizeierteilte Betriebsnummer auf jedes Stück Brot einzuprägen. Erst durch das Gesetz vom 22. Juni 1863 wurden diese mit dem Geiste der Gewerbefreiheit unvereinbarten Bestimmungen aufgehoben und das Bäckergewerbe in gewerberechtlicher Beziehung den anderen Berufen gleichgestellt. Mit dieser beschrankten Gesetzgebung waren einige wenige sozialpolitische Maßnahmen verbunden. Am 24. Januar 1869 wurde beschlossen, daß je 1000 Frs. (800 M.) zu zeitweilen und dauernden Unterstützungen für Bäckermeister, Witwen, Bäckergehüßen u. a. Arbeiter in der Bäckerei verwandt werden im Falle der Erkrankung, des hohen Alters und einer Invalidität, welche die weitere Tätigkeit im Berufe unmöglich macht. Diese Summe wurde zweifellos erhöht. Die Strafe besteht bis zum heutigen Tage unter der Leitung der Meisterorganisation im Bäckergewerbe.

Als zum Jahre 1903 wurde die Arbeitsvermittlung für die von der Provinz nach Paris kommenden Bäckergehüßen durch die Herbergsinhaber ausgeführt, was der Nachteil hatte, daß die Bäckergehüßen an bestimmte Herbergen so lange gebunden waren, bis sie Arbeit gefunden hatten und daß sie für die Arbeitsvermittlung 3 Frs. (24.10 M.) zu bezahlen hatten. Auf eine Befreiung der Arbeiter, die in der Forderung gipfelte, daß die Polizeiverwaltung Arbeitsvermittlungsbüros einrichtete, wurde am 14. März 1803 eine Verordnung erlassen, wonach sich auf ihrem Polizeikommissariat die Bäckergehüßen des betreffenden Bezirkes einzutragen hatten. Die zuwanderten Bäckergehüßen hatten in den ersten 3 Tagen nach ihrer Ankunft die Eintragung ihrer Namen in die Listen zu veranlassen. Jeder Bäcker gehüllte sollte ein Arbeitsbuch mit einem polizeilichen Signalement und mit der Bestätigung seiner Einzeichnung in die Liste erhalten. Fünf Tage vor dem Antritt hatte der Bäcker gehüllte seinen Meister in Kenntnis zu setzen. Eine Überrichtung dieser Bestimmungen sollte eine Strafe von 20 Frs. (16 M.) verhängen. So waren die Bäcker die ersten, die mit dem Arbeitsbuch beglückt wurden zu dessen Abschaffung ein viele Jahrzehnte langer Kampf geführt wurde. Nicht nur für die Arbeitsvermittlung 1 Frs. von dem Meister bezahlt werden, die Hälfte des Betrages konnte er von dem Lohn des Gehüllten abziehen. Raum war die Verordnung erlassen und die polizeilichen Arbeitsvermittlungsbüros eingerichtet, so waren die Gehüllen mit ihrem polizeilichen Charakter unberedigt, sie schritten in die alten Herbergen zurück, obgleich sie sich doch den Bestimmungen unterworfen mussten, weil kein Meister einen Gehüllten ohne polizeiliche Bescheinigung aufnahm. Jedoch verliefen aber die alten Arbeitsvermittlungen neben den polizeilichen weiter. Die nachrichtigen Kriegszeiten, die einen großen Teil der Arbeiter unter die Bäcker rissen, schufen einen großen Mangel von Bäckergehüßen, so daß diese nur unter günstigen Lohnbedingungen die Arbeit antraten. Das veranlaßte die Polizei, jeden arbeitslosen Arbeiter mit einer Strafe von 1 Frs. (80 M.) für den ersten Monat der Arbeitslosigkeit zu belegen, welche Summe der erste Meister, bei dem der Betreffende Arbeit nahm, vom Lohn abziehen und an die Syndic abführen mußte.

Die erste Organisation der Pariser Bäcker war eine Unterstützungsstiftung, die am 5. September 1820 gegründet wurde, in jah ein Eintrittsgeld von 25 Frs. (20 M.) und einen Monatsbeitrag von 3 Frs. (24.10 M.) vor. Es sollten nur Bäckergehüßen unter 35 Jahren aufgenommen werden, 35-jährige nur ausnahmsweise, und wenn sie für die Zeit seit Vollendung des 35. Lebensjahres die Beiträge nachzahliene. Als Leistungen waren vorgesehen 2 Frs. (16 M.) täglich für die ersten 3 Monate der Erkrankung, 1 Frs. (80 M.) täglich für die weitere Zeit bis zur Heilung, ferner Altersrente von jährlich 20 Frs. (160 Mark) nach vollendetem 55. Lebensjahr. Die Zahl stand unter Anprall der Bäckermeister; sie zählte 1821: 37, 1830: 18, 1840: 150 Mitglieder, nachher verschwand sie wegen Erschöpfung ihrer Mittel.

Ende Mai 1827 wurden von der Polizei die Bestimmungen über die Arbeitsbücher verschärft, weil die Meister sich über die Bäckerfreiheit ihrer Gehüllen mehr noch schwert hatten.

Bis zum Jahre 1790 war der Wochenlohn der Bäckergehüßen von Paris 8 Frs. (64.10 M.), er stieg dann in Folge eines Streiks am 10. Frs. (8 M.) und während des Krieges von 1809 gegen Österreich und während des Krieges von 1823 gegen Spanien auf 12 Frs. (96 M.) und 14 Frs. (112 M.) erhöht. Infolge der militärischen Überlastungen schwanden die Gehüllen, um 1822 forderten die Bäckergehüßen eine erheb-

Erhöhung, die aber von den Meistern abgelehnt wurde. Überreichender Weise stellten eines Morgens 1500 Bäckergehüßen die Arbeit ein und zogen durch die Straßen. Die Polizei, die sie verfolgte, verhaftete 360 Kollegen. Trotz dieser amtlichen Unterstützung mußten die Meister nachgeben und den Wochenlohn auf 26.75 Frs. (21.20 M.) bzw. den Tagelohn auf 3.80 Frs. (3.04 M.) erhöhen. Die beiden an erster Stelle liegenden Gehüßen in jeder Bäckerei erhielten 4 Frs. (3.20 M.) pro Tag. Zu jener Zeit wurde der Versuch einer Bäckerorganisation zum Zwecke der Arbeitsvermittlung und Unterstützung gemacht, die aber nach kurzer Zeit wegen schlechten Eingehens der Beiträge und wegen sonstiger finanzieller Schwierigkeiten eingegangen war. Im Jahre 1838 wurde eine neue Organisation gegründet, die sich die Kinder der Geres nannte und vor allem die Krankenunterstützung regeln sollte. Im Jahre 1843 wurde beschlossen, auch Arbeiter anderer Berufe aufzunehmen; in dieser Form bestand die Organisation bis zum Jahre 1886.

Im Jahre 1840 begann eine große Streitbewegung in den wichtigsten Pariser Industrien, die dazu führte, daß ohne Stumpf der Lohn der Bäckergehüßen auf 28 Frs. (22.40 M.) pro Woche stieg.

Am 1. November 1811 wurde in Paris eine Gesellschaft der Bäckergehüßen nach dem Muster der in anderen französischen Gewerben, vor allem im Handgewerbe vorhandenen Gesellenorganisationen gegründet. Sie errichtete im Jahre 1839 in Paris eine Herberge, die sich lange Zeit lediglich darauf beschränkte, für die reisenden Bäckergehüßen dieser Gesellenverbundung bei ihrem Aufenthalt in Paris zu sorgen. Eine Reihe dieser Gehüßen wurde mit der Zeit Meister und nahm dann auf der Herberge die Gehüßen ihrer alten Gesellenverbundung in Arbeit.

Aus den uns heute recht spärlich dingenenden Bestimmungen dieser Organisation heben wir die nachstehende hervor:

Jeder organisierte Geselle, über der es werden wollte, wird bestraft, wenn er beim Lesen dieses Status nicht den Hut abnimmt. Bestraft wird, wer beim Ausstreten oder Weggehen aus der Herberge nicht grüßt, wer es an Respekt der Herbergsinhaber, dem Herbergsschwester, ihrer Familie und ihren Angestellten gegenüber, oder auch den Mitgliedern der Gesellschaft gegenüber fehlt. Bestraft wird, wer einen, der sich der Organisation erst anschließen will, dist, ebenso wird der andere bestraft, der einen organisierten Gesellen dist. Gegen so harte Strafen gesetzt für diejenigen, die sich auf einen Tisch setzen, die auf denselben einen Hut legen, die es sonst an Anstand fehlen lassen, die nicht reinlich gekleidet sind, die nicht ordentlich arbeiten, die während eines allgemeinen Gesanges Gesänge führen, die sich nicht den Anordnungen auf Ordnung folgen um, um. Die Strafe war 25 Cent. (20 M.) die bei der nächsten Monatsversammlung zu bezahlen war. Über diese Organisation führte in Paris keinen festen Boden saßen und keinen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewonnen, während dies in anderen Gewerben wohl der Fall war.

Die zweite französische Revolution vom Jahre 1848 führte für kurze Zeit zur Unterdrückung der privaten Arbeitsvermittlungsbüros, über die sich die Bäckergehüßen bei der provisorischen Regierung beschwert hatten. Dieser Erfolg führte zu weiteren Forderungen, die Arbeit wurde eingestellt und dank der Vermittlung der Regierung, vor allem des bekannten Sozialisten Louis Blanc, ein neuer Tarif festgesetzt, der mit folgenden Sätzen begann:

„In Erwägung, daß unter allen Berufen, keiner ungünstiger Arbeitsbedingungen, sei, als der der Bäckergehüßen, ist es ebenso billig wie gerecht, für die Verbesserung ihrer Lage zu sorgen. Folgende Arbeitsbedingungen werden bestimmt: Doppelschichten sind verboten. Wenn 2 Gehüßen tätig sind, dürfen sie viermal backen und haben 4.50 Frs. (3.60 M.) 2 Pfund Brot und 20 Cent. (16 M.) für Wein zu erhalten. Findet ein jüngliches Bäcker statt, so erhält jeder außerdem 60 Cent. (48 M.) bzw. wenn der Lohn mehr wie 80 Brote enthält, 70 Cent. (56 M.). Sind 3 Bäckergehüßen tätig, so erhalten die beiden ersten neben Brot und Wein 4.50 Frs. (3.60 M.), der dritte Gehüllte 3.50 Frs. (2.80 M.). Nur das 7. Bäcker und nur ein event. 8. Bäcker erhalten nie die gleichen Entschädigungen wie oben angegeben. In Bäckereien mit 4 Gehüßen und einmaligem Bäcker erhalten die ersten 2 Gehüßen neben Brot und Wein 5 Frs. (4 M.), der dritte 4 Frs. (3.20 M.) und der vierte 3.50 Frs. (2.80 M.). Für ein 9. Bäcker sollten 48 bzw. 50 M. bezahlt werden, für ein event. 10. Bäcker 50 M. für jeden einzelnen Arbeiter. Nachdem eine Zeit lang die private Stellenvermittlung verboten war, wurde sie noch im Laufe des Jahres 1848 wieder geduldet. Die Regierung der zweiten Republik sollte auch den von ihr bestimmten Tarif nicht zur Anerkennung bringen. Ja, sie untersetzte die Meister, welche denselben nicht anerkannten. Bei einem deswegen ausbrechenden Streik wurden die Meister durch Soldaten erlegt; am 15. Februar 1850 wurde der Tarif auch formell aufgehoben. Erst die Streikerei von 1854 (Krimskrieg) führte zu einer neuen Lohnabschaffung, es mußte ein durchschnittlicher Wochenlohn von 30 Frs. (24 M.) bewilligt werden, 1859 während des italienischen Feldzuges stieg der Wochenlohn um weitere 2 Frs. (1.60 M.). Als dann 1863 auch für das Bäckergewerbe die Gewerbefreiheit eintrat, stieg der Wochenlohn auf 35 Frs. (28 M.), oder der Tagelohn auf 5 Frs. (4 M.), für jedes außerordentliche Backen mußte 1 Frs. (80 M.) bezahlt werden.

Unter der Monarchie wurde die Aufhebung der Nachtarbeit von 800 Meistern zugestanden, aber das Publikum übertrug seine Mandatshabt an diejenigen Bäckermeister, die auch in der Nacht backen ließen. Durch eine Reihe von Dekreten wurde die allgemeine Abschaffung der Nachtarbeit von der Regierung erzwungen, aber noch der Widerwiderstand der Kommune wurde der die Zustand wieder hergestellt. Im Jahre 1863 veranlaßte sich eine Anzahl von Bäckergehüßen regelmäßig bei einem Weinmarkt; eines Tages wurde ihre Versammlung aufgelöst und 19 von ihnen verhaftet. Am nächsten Tage freigelassen, beschlossen sie, sich als Konföderation zu organisieren mit dem Zweck, eine Arbeitsvermittlung einzurichten. Der Monatsbeitrag war für diejenigen, die bloß auf die Arbeitsvermittlung Anspruch erhoben, 1.50 Frs. (1.20 M.) für die übrigen 2.50 Frs. (2 M.). Die letzteren, die während 90 Tagen eine tägliche Erwerbsunterstützung von 2 Frs. (1.60 M.) und in weiteren 90 Tagen eine tägliche Unterstützung von 1.25 Frs. (1 M.) und außerdem noch vollendetem 50 Lebensjahr eine Altersrente erhalten sollten, wurden nur aufgenommen, wenn sie das 17. Lebensjahr überwunden und das 50. noch nicht erreicht hatten. Zu letztere zählte die Organisation 1580 Mitglieder, im Jahr 1869 standen in den unter 1200 Mitgliedern, von denen über nur 225 mit im Rücken ihrer

Beiträge waren. Die Arbeitsvermittlung schuf aber manche Missstimmung und einen Mitgliederaustritt, doch zählte die Organisation Ende 1870: 3105 Mitglieder mit einem Vermögen von 32.073 Frs. (25.659 M.). Die Mitgliederzahl ging aber von nun an ununterbrochen zurück, 1880 zählte sie bloß noch 781 Zugehörige, im Jahre 1885 löste sie sich auf.

Eine Gruppe von Bäckergehüßen, die sich von der Beschränkung auf Krankenunterstützung und Arbeitsvermittlung nicht befriedigt fühlten, gründeten im Jahre 1869 eine Gewerkschaft, die dem Blane nach sich über ganz Frankreich ausdehnen sollte, auch Beziehungen mit ausländischen Kollegen ins Auge setzte, neben der Fortbildung, vor allem Einwirkung auf die Löhne bezeichnete. Die junge Organisation litt unter dem Krieg und scheint im Jahre 1871 verschwunden zu sein. Im Jahre 1876 bildete sie sich von neuem und berief für das Jahr 1877 einen Bäckerkongress nach Paris. Auf denselben waren 27 Städte vertreten und zwar Organisationen aller Richtungen der französischen Fachorganisationen, von den mittelalterlichen bis zu den sozialistischen. Es wurde beschlossen, alle 3 Jahre einen Kongress abzuhalten, eine Erhöhung der Löhne, die Abschaffung der Nachtarbeit, die Bezahlung nach der Leistung, die Organisation und Überwachung des Lehrlingswesens, die Schaffung von Produktionsgenossenschaften ins Auge zu fassen. In allen Orten, in denen es Bäckerorganisationen gab, sollte eine gemeinsame Wirtschaftlichkeit derjenigen erreicht werden. Ferner wurde beschlossen, überall Unterstützungsstiften einzurichten, die Abschaffung der privaten Stellenvermittlung zu fordern, Beziehungen der Organisationen durch Vermittlung des Zentralkomitees in Paris zu pflegen, eine Altersversorgungsstiftung zu gründen und eine Statutenkommission einzurichten. Freilich blieben diese Beschlüsse bloß auf dem Papier bestehen. Der zweite Kongress, der im Jahre 1880 zu Marseille abgehalten wurde, war schlecht besucht.

Im Jahre 1877 wurde eine Gewerkschaft der Bäckerei (Painet Bäcker) gegründet. Sie zählte zuerst 20 Mitglieder, stieg bis 1877 auf 700 Mitglieder. Nachher ging die Mitgliederzahl stark zurück; 1895 teilten sich die letzten 20 in das Vermögen von 10.000 Frs. (8000 M.). Im wesentlichen diente diese Organisation nur Unterstützungszielen.

1877 wurde eine Union der Pariser Bäcker gegründet, die im wesentlichen die Arbeitsvermittlung bezeichnete. Organisationen, die speziell diesen Aufgaben dienten, wurden auch sonst gegründet. Der Kampf gegen die private Stellenvermittlung beinhaltete die Pariser Bäckergehüßen ständig und zum Teil erfuhr er auch durch staatliche Unterstützung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlungsbüros.

Am 30. Oktober 1879 vereinigten sich mehr als 2000 Bäckergehüßen in einer großen Versammlung, sie beschlossen folgende Forderungen: 7 Frs. (5.60 M.) bei viermaligem Backen von 2 Arbeitern, für jedes weitere Backen 1.50 Frs. (1.20 M.); 7 Frs. (5.60 M.) für sechsmaliges Backen bei 3 Arbeitern und 1 Frs. (80 M.) für jedes weitere Backen. Die Meister waren nur bereit, den Wochenlohn von 42 Frs. (33.60 M.) auf 45 Frs. (36 M.) zu erhöhen, die übrigen Forderungen lehnten sie einfach ab. Am 15. November begann nun ein origineller Streit. Kein Bäckergehüllte sollte länger als eine Nacht bei einem Bäckermeister arbeiten, der den Tarif nicht bewilligte und damit die Meister durch den ständigen Wechsel des Personal ermüdet. Am nächsten Tage behaupteten die Gehüßen, daß 36 Bäckermeister den von den Arbeitern ausgearbeiteten Tarif bewilligt hatten. Während man des Sieges sicher war, traten die Bäckermeister mit den 10 größten Stellenvermittlern ein Abkommen, daß sie nur denjenigen Gehüßen Arbeit vermittelten, die mit einem Wochenlohn von 45 Frs. (36 M.) aufzuhören wären. Dieses Abkommen zeigte den Tarif der Bäckergehüßen gegen die Stellenvermittler und verlangte die Anerkennung des Tarifs. Wenn die Bäckerorganisationen, die zu jener Zeit in größerer Zahl gegründet wurden, von größerer Lebensdauer und stetigerem Zusammenhalt gewesen wären und wenn sie ihre Mitglieder zu regelmäßiger Beitagszahlung gezwungen hätten, so wären die Ergebnisse sicherlich größer gewesen. Im Kampf gegen die Stellenvermittlungsbüros wurden die Bäckerorganisationen gehemmt durch die immer von neuem auftauchende Hoffnung, daß auf dem Wege der Gesetzgebung ein Verbot der privaten Stellenvermittlung zu erzielen sein würde.

Ein im Jahre 1891 vertragter Streit, der die Abschaffung privater Stellenvermittlungsbüros erzwingen wollte, führte zwar zur Gründung vieler gewerkschaftlicher Stellenvermittlungen, aber zu keinem bemerkenswerten Ergebnis. Der Organisationskampf war zwar ein harter, aber im hohen Maße zerpoliert. Nur einzelne Stadtbezirke wurden bedeutende Organisationen gegründet, dann wurden mehrere Kantone gegründet, und zahlreiche Experimente mit Produktionsgenossenschaften sind zu verzeichnen. Der Kampf gegen die Stellenvermittlung, so wichtig er war, batte den Nachteil, daß darüber die eigentlichen Aufgaben gewerkschaftlicher Organisationen in den Hintergrund treten und damit auch der Wert dieser Organisation für die meisten Gehüßen nicht in Erachtung trat.

Auch die Versuche, die lokalen Bäckerorganisationen durch einen Verband einander näher zu bringen, hatten keine erhebliche Bedeutung. Der letzte uns bekannte Versuch der Gründung einer nationalen Föderation der Bäckergehüßen Frankreichs und seiner Kolonien wurde Ende 1898 gemacht. Aber bloß 3 Organisationen gehörten damals dem Verband an. Zu jener Zeit waren aber 52 gewerkschaftliche Organisationen bekannt, von denen 5 in Paris, 3 in Bordeaux, 2 in Lyon und je eine in 42 anderen Städten ihren Sitz hatten.

Was ist die private Stellenvermittlung endlich durch Gesetz aufgehoben, so daß eine bessere Aussicht für eine Wohlheit der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen vorhanden ist. Um so schwieriger Erfolge sind zu erwarten, als die französischen Kollegen in den Großstädten wenigstens nicht mehr wie die deutschen den Kampf gegen das Lohn- und Logiswesen zu führen haben. —

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Agitationsberichte.

Als der Hauptvorstand mich beauftragte, in nahegelegenen drei Städten Versammlungen abzuhalten, wurde ich dadurch gerade nicht in die rosigste Stimmung versetzt.

Kenner der Verhältnisse in diesen Städten versicherten mir nämlich, daß es mit unserem Verbande dort überall Bruch wäre, und wenigstens ans absehbare Zeit auch nirgends etwas zu machen sei. Um es gleich zu sagen, ich wurde doch ein wenig anders belehrt. Wenn auch in allen drei Orten die Masse der Kollegen uns noch fern, ja sogar noch feindselig zum Teil gegenübersteht, so ist zu konstatieren, daß überall ein fester und überzeugter Stamm von Kollegen vorhanden ist, die, da ihnen der Verband bereits in Fleisch und Blut überging, alles daran zu leben gewillt sind, die Organisation am Orte nicht nur hoch zu halten, sondern auch zu stärken.

Namentlich in Halberstadt und Hildesheim sind die Konsumbäder als recht wackere Pioniere zu loben und man muß tatsächlich sich freuen, wenn man sieht, wie diese Kollegen trotz alledem nicht verzweifeln wollen. Als Thema für die drei Versammlungen wählte ich „Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen“ und es scheint, daß dieses gerade sehr diese Orte am angebrachten war. Die Tatsache, daß nämlich die Arbeiterschaft in ihrer Organisationswelt weitgehend ihrer wirtschaftlichen Lage selber noch in verschiedene Richtungen gespalten ist, gegenüber einer einzigen und geschlossenen Arbeitgeberorganisation trifft auch gerade in diesen Städten zu. Sowohl sind die Zweige der Spaltung in diesem Fall keine jenen „Auchorganisationen“, sondern was mindestens ebenso schädlich ist, reine Vergnügungsvereine.

Im malerischen Halberstadt, allwo ja bekanntlich auch ein Beispiel der Jahre des „nationalen“ Hansdampfverbandes herumbummeln soll, war die Versammlung von 20 Kollegen besucht. Zu konstatieren ist, daß die Versammlung, trotzdem ein großer Teil des Bergungsgesetzes entweder war, sehr ruhig verlief. Eine Eingabe an den dortigen Stadtrat, den dieser sich bei der Regierung verwenden möge zum Glück eines Verboß der Arbeit an den drei hohen Festtagen wurde einstimmig angenommen. Der Alte gelehrte vertrat auch, die Eingabe zu unterschriften.

Die Kollegen warten ab des ruhigen Verlaufs der Verhandlung recht erfreut und die auflerenden Mitglieder des Bergmägungvereins verdrachten in ihrem Verein darin zu wischen, daß der Soß im Bergrichtshof, wosich Bergbundsgesellen dem Verein nicht angehören dürfen, gestricken wird. Hoffentlich werden diese Kollegen auch Gott halten.

Zum ehrwürdigsten Hildesheim kanden sich ein Kollegen zusammen, darunter auch 3 Kollegen vom Gesellenausbildung. Diese drei schreien daher an Gerichtsstelle zu leiden, da sie weder von dem Prozeß nützen, noch ihn schützen. Was innerhalb ihrer Sphäre nicht zu tun sind Schädelknochen bestimmt, darf überhaupt nicht herangezogen werden. Rückfahrt nach Hause verhindern.

Wenn auch der Erfolg hier ein negativer war, so sollte

ter doch die bereits vorhandenen Mitglieder wieder gefürchtet werden in ihren Anhängerinnen und ihrem Anhänger-
eifer. Richtig und zu Falsch ist. Der Beobachter des britischen
Parlamentsrates weiß das am einfachsten zu erkennen. Er
ist ja selbst Mitglied unseres Parlamentes und da ist es
zu so unübersichtlicher, wie dieser College es fertig bringen
kann, gerechte ein Tages, an welchen öffentliche Versammlungen
partizipieren. Nebenstanden werden zu lassen, trotzdem
es nicht nötig wäre. Gehen ja sonst er es anag am
1. November, was der Folge keine das 3 Konfessionsleiter
(Lutherus) nicht in die Versammlung gehen lassen. Es
könnte ja, als ob dieser College sein Verantwortung und
nebenbei bewirkt, auch sein Partizipationsrecht, die Frei-
heit für so handliche Schlägereien bewahren will (?)

Wohlwollend und nicht gerecht den großen Hoff-
nungen bezügt, Sonntheit ist von Bieliefeld, dem ersten
Geburtsort der gleichnamigen Evangelische. Weil-
los kam ich und zunächst ging ich hinein. Durch besonders
ehrige Adjutantur der bereits vorzuhaltenden Geistlichenmit-
glieder kam es dazu, dass ich gleich 25 Männer in die
Zwölftausend" wählten, bestand ein sehr langer. Mein
bereits oben erwähntes Referat war auch hier ange-
bracht.

Der vorne gezeigte bei uns häufig vorkommende, nicht nach die Verbindung auf die bekannte "G" allein zu richten, sondern auch andere Verbindungsstücke der Brücke heranzuziehen. Dies ist leicht, wie es scheint, das große Gegenstück einzusehen, besitzt die Form, die bei der Brücke im Südticke besser wohnt als die oben gezeichnete. Sieht es so aus. Sie liegt den Schlägern des Brücke und Schleifkörpers gegenübersetzen darf; das muss zunächst noch, durch Abstreichen von dem ganzen Platz eben hiera Rücksicht der Seite ab. Die Verbindung sollte verhindern, in der nächsten Stelle. Wenn: 3 Brückenzähne und zwei Schläger.

Ein weiterer Wissenswertes war ein
A. Bierkötz in Freiburgberg a. S. im Oberpfälz-
land. Er begann, bald sich auf jene Punkte
zu konzentrieren, welche die alten Schriften
berührten. Seine wichtigste Veröffentlichung war sein "Erläut-
erung des von einem Geistlichen und Theologen geschriebenen
und über verschiedene Gottesdienste und Kirchenverordnungen
aus der Zeit der Karolinger bestehenden Buches", welches er
1514 in Freiburg a. S. verfasst. Von diesem Gelehrten zu
rechnen ist auch ein Werk, welches die "Bedeutung
der heiligen Psalmen" darstellt. Dieses Werk ist
seinerzeit, nach dem Drucke zu beobachten, bereits bei
seiner Veröffentlichung überall sehr beliebt gewesen.
Ganz das gleiche Interesse wie der Bierkötz zeigte
der aus Freiburg gebürtige Theologe und
Geistlicher, der späteren Hochschullehrer und
Leiter der Schule zu Freiburg, Johann Böhme. Seine
Lecturen und Predigten sind sehr zahlreich und
haben eine sehr große Bedeutung gehabt.

In Magdeburg fand am 31. Oktober eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Rassing zu dem Thema: „Die Entwicklung der Bäckerei zum Großbetrieb, deren Ursachen und Folgen und unsere Stellung hierzu“ ein 1½ stündiges glänzendes Referat hielt. In seinen Ausführungen hob der Referent unter anderem hervor, daß wir im Mittelpunkt der Entwicklung stehen und eine Umwälzung der Produktionsweise zum Großbetrieb stattfindet. Natürliche Förderungsgründe dazu sei der Ertrag der Arbeitskraft durch die Maschine und Konzentration des Kapitals. Dieses konzentrieren, mit der gleichzeitigen großen Lehrlingszüchterei in unserem Beruf, zeigen an der Hand der Statistik, daß 50 Prozent aller Bäcker Gelegenheitsarbeiter und mit 10 Prozent Meister werden können. Den Stand der Großbetriebe und Arten derselben führte uns Kollege Rassing an der Hand von Material klar vor Augen. U. a. führte er Glasgow in Schottland an, mit einem Betrieb, wo 1000 Bäcker arbeiten, ferner Hamburg, Frankfurt, ganz Rheinland und Westfalen und in Essen extra mit 40 Großbetrieben, wo 400–500 Bäcker arbeiten. Bei den Konsumvereinen fließt der erzielte Gewinn zurück an das konsumierende Publikum, auch haben die Arbeiter in denselben bessere Arbeitsbedingungen und Löhne, da ist doch der soziale und wirtschaftliche Fortschritt in die Augen springend. Aber jeder, auch der kleinste Fortschritt muß erkämpft werden, infolgedessen haben alle Lehrlarbeiter die moralische Pflicht, sich der gewerkschaftlichen und politischen Organisation anzuschließen, denn nur durch eine strenge Organisation können wir bessere Arbeitsbedingungen erringen und behalten. Reicher und anhaltender Erfolg folgte den Ausführungen des Referenten. Zu der Diskussion meldeten sich einige Kollegen zum Wort, welche im Sinne des Referenten voten wollten und nach ausführten, daß Arbeitslosigkeit in innerster Weise die Löhne drücke. Nachdem des Schluswort gebracht und 7 Aufnahmen gemacht waren, wurde um 7½ Uhr die von 36 Mitgliedern und 8 Nichtmitgliedern besuchte Versammlung geschlossen.

Magdeburg. In der am 9. November im „Trefferbund“ tagenden Versammlung waren folgende Punkte auf die Tagesordnung gestellt: 1. Kassierbericht; 2. Anwartschaften des Hauptvorstandes betr. Sellenklassen der Sozialbeiträge; 3. Arbeitsschein; 4. Verschiedenes. Nachdem die Versammlung eröffnet und das Protokoll verlesen wurde von Leut zum Protokoll beantragt, seinen Antrag mitgetragen anzunehmen. Zum ersten Punkt erstattete Zedelius den Kassierbericht; u. a. führte er an, daß ein bestimmtes Projekt zum Bau eines Gewerbeschulhauses nicht bestellt, trotzdem aber schon Gelder dazu gezahlt wurden. Darauf wurde von Züge und Leonhardt darauf hingewiesen, daß der Verbandsstag in Hohenberg kein Protokollbuch feinen Bedarf gezeigt, die restierende Summe von 292,90 M. welche durch den Berliner Kreis entstand, von der Mitgliedschaft Magdeburg überzubringen sei. Hierauf entschloß sich eine längere Debatte betreffs Verlegung des Arbeitsscheines nach der Reise; nach längerem darüber und wieder wurde beschlossen, dasselben nach dem Treffenberlind zu verlegen. Die Meinungsverschiedenheiten, welche durch die Ernachfrage von Geßler aus der Oftalverbandskasse bezügl. Ausübung der Praxis für Sonderausgabenstellte entstanden, wurde in der Runde geklärt, daß wir bei Schriftstellung des eingesammelten Geld aus der Betriebskasse wieder in die Sanktuarie des Verbundes abführen. Zum zweiten Punkt wurde gegen den Industriearbeitsmarkt berücksichtigter Gewinnabzucker Stellung genommen, u. a. daß es keine noch höheren Kosten gibt wie Schne, v. Günther, Dreher, A. Müller, Einßer, Wieland und Voigt, welche noch keine „Vollspinnerei“ leßen ja, es wurde sogar angeführt, daß Kollege v. Günther die Stoffe benötigt, um diese abzurunden, welche Arbeitsergebnisse zu liefern. Alsdann wurden 130 M. für einen arbeitslosen Collegen gesammelt und zwei Anträge vom Vorsitzenden Leut. 1. 20 M. zur Abrechnung vom Protokolleten zu bewilligen; 2. die nächste Mitgliedsversammlung zu einer öffentlichen zu machen, bestimmt mit einem Bericht des Gewerbeamtsschaffens, dem Vorsitzend zur Verantwortung überzuweisen. (Aus d. Red.) Die Mitgliedschaft Magdeburg hat die 292,90 M. Verbundsgelder wieder rechtlich ausgeglichen und ist daher kein weiteres Recht dazu zu besitzen, der Hauptstelle des Verbundes in Magdeburg gegenüber. Die Mitgliedschaft mußt also diese Summe der Spende des Verbundes und als Gegenst. in diese Summe eben in den Haushalt eingetragen. Es werden müssen aber bezahlt werden, eben aber daß der Verbandsstag dies erheblich befreist. — Daß dies Geld bezahlt werden soll und solchen unehrenwerten Zuständen ein Ende gemacht wird, bezeugt aber auch der Bericht des Verbundes. (S. 122 des Protokolls.)

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den Vorständen der Mitgliedschaften und ebensfalls den Einzelmitgliedern sind fragebogen zugegangen, mittelst welcher die Verhältnisse im Kost- und Logiswesen in den Bäckereien erfragt werden sollen.

Wir ersuchen dringend, überall ungestüm an die Arbeit zu gehen, damit aus allen Bergbausorten so schnell als möglich ein vollzähliges und brauchbares Material zusammenkommt.

Eigentümer und eine Unzahl Proschriften

Gegen den Post- und Logistiewang den Sendungen mit beigelegt, welche zweitmäig an die Galloren zu verbreiten sind.

1. Sonnenbergschädel, 2. Sonnenbergscheibe,
3. 1. Schilderleder 2. Gepunkteter Ritter, 1. Schrift-
scheide Schmiede, 2. Schriftscheide Schild, Steinkrone usw.
Wiederholung nach Schule, Gardekleidung der Gedächtnis und Schub-
schilderungen Wappenschilder.

Die 17. Lieder heißt in Wixdorf "Göttinge Schreiber
und Kettling über Die behorsteche Ochsenherding".
Zuerst haben die Bettwandler Einführung zu den bedeu-
tendsten Stücken aus Gelehrtenkunst und zur Freuden-
zeit. Darauf geht der Magdeburger Schatz über die bia-
ueren Lieder eines unbestimmten Verfass. Die wichtig-
sten Namen finden darin, außer dem Namen Wixdorf,
nur die Freuden Lieder durch den Gelehrten-
verfasser Wixdorf. Wie die Gelehrten die Abhörsitzung
der Reit und Rogen erinnert hatten, vertheidigt es Herr W.
Wixdorf, dass die Freude bei sich eingeschafft war und zwar
wegen der erbauenden und bei Tag die erfreulichen Gelehr-
ten, so es soll sogar vorgekommen sein, dass dann die
Leute noch zu zweien in den Betten schlafen hörten, auch
wenn sie sonst zu viere waren. Mit Beweise tut es
aber Herr (er ist es heute noch) und weist dem porti-
nalen Richter vor die Abhörsitzung die Abhörsitzung ab und
erinnert die Gelehrten. Das meinten hier beim Verhör
zu erinnern, dass die Gelehrtenmutter in der Gelehrten-
verfassung nicht so ganz stiftlich gehandelt haben und eben
ein Meister Bettler wie Betteler berücksichtigt. Das meinten
nicht hier der Landescollege Prof. Dr. Sack zur Weisheit
zusagen, wie er die Freude der Gelehrten wahrgenommen
hat. Zwei und Gelehrte haben es fertig gebracht, mit aller
Zeremonie die von ihnen bei Gelehrtenabholung gesetzlicher

eingetreten. Ja, es ist sogar vorgekommen, daß ein Auftrag, der vom Gesellenausschuß eingebracht wurde, einen Meister wegen Hinterziehung der Krankenflossenbeiträge (denn das kommt oft in Nigdorf vor) mit einer Geldstrafe von 3 M zu belegen, von mehreren Arbeitgebern unterstützt wurde, aber nicht von den Arbeitnehmern, so daß bei Stimmengleichheit der Obermeister den Ausschlag gab mit den Worten: „Dann muß ich das Interesse der Firma wahrnehmen.“ Derselbe Post, der so mit den Rechten der Gesellen verfahrt, hatte sich schon lange mit dem Gedanken getragen, im Einverständnis mit den Meistern, den Posten als Obergesellen zu bekommen, aber es ist ihm bis jetzt noch nicht gelungen und es wird auch nicht gelingen. Im allgemeinen ist dem Bericht zu entnehmen, daß die Mitglieder des Ausschusses auf der Hut sein müssen.

Am 31. Oktober tagte in Stettin eine öffentliche Bäckerversammlung mit der Tagesordnung: „In welcher Ausnahmestellung befinden sich die Bäckergesellen gegenüber anderen gewerblichen Arbeitern und welche Stellung nehmen sie als Mensch in der menschlichen Gesellschaft ein?“ Als Referent war Kollege Liescher-Hamburg erschienen. In seinem 1½stündigen Vortrage führte er den Kollegen nochmals ihre traurige Lage vor Augen, welche sie als Mensch unter Menschen einnehmen. Reicher Beifall lohnte den Referenten am Schlusse seiner Aussführungen. Von Vorzuhenden wurde die Bäckerei Bäckmeister scharf kritisiert. Die Gemmeltücher stehen steif vor Dred, die Backbretter sind total verunreinigt, der Wasserkessel ist nur zur Hälfte mit einem Deckel versehen, die andere Hälfte ist mit Mehbwaden bedeckt, in welchen Nieden brüten; das Wasser ist unrein, wird aber trocken bearbeitet. Sonntags wird bis Mittags gearbeitet. Zum Schlus der Versammlung forderte Kollege Liescher die Anwesenden auf, dem Betzbande beizutreten und ihre Beiträge pünktlich zu zahlen.

In St. Johann fand am 5. November die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zunächst erstattete Kollege Hirt den Kassenbericht für das 3. Quartal, daraus war zu ersehen, daß wir in letzter Zeit erfreuliche Fortschritte gemacht haben. Auf Antrag der Revisoren, welche die Kasse für richtig befunden haben, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Daraufhin sprach Kollege Schneider über die Gründung eines Diskutierclubs. Er wies auf die Wichtigkeit eines solchen Klubs hin und forderte hauptsächlich die jüngeren Kollegen auf, denselben beizutreten, damit auch sie einmal als tüchtige Pioniere unseres Verbundes auftreten könnten. Da sich jedoch zu wenig meldeten, war es nicht möglich, einen solchen zu gründen. Verschiedene Kollegen vertraten, den Diskutierclub der verschiedenen Gewerkschaften beizutreten. Ferner gibt Kollege Schneider bekannt, daß die Partei einen Stenographiekursus eröffnet, an dem jeder Kollege unentgeltlich teilnehmen kann. Er wies auf die Wichtigkeit der Kenntnis der Stenographie im politischen und gewerkschaftlichen Leben hin. Kollegen, welche teilzunehmen beabsichtigen, mögen sich auf der Redaktion der „Saarwacht“ einzeichnen. Es wurde dann ferner noch beschlossen, eine Weihnachtsfeier abzuhalten. In die Vergnügungscommission wurden die Kollegen Buhler, Baubz und Gerheuer gewählt. Im weiteren kam noch die Verbandsherberge zur Sprache. Kollege Gerheuer rügte das Verhalten des betreffenden Wirtes, der wenn einer nicht pariert, gleich mit der Hundepetze kommt. Diese Angelegenheit sollte die Regelung des Herbergswesens, wurde ebenfalls der oben gewählten Commission übertragen. Kollege Schneider spricht dann noch über das Unterstützungswochen. Er behauptet sehr, daß es noch Mitglieder gibt, die in Arbeit stehen und doch mit den Beiträgen $\frac{1}{2}$ Jahr und noch länger restieren, dann aber, wenn sie denken, daß sie freud werden, acht Tage vorher bezahlen, nur um die Unterstützung zu erhalten. Wirb ihnen dieselbe auf diese Weise vom Hauptrichtstand verweigert, so erklären sie kurzweg den Austritt und machen dann sogleich den Verband herunter, als wenn sie das größte Recht hätten. (Unn. d. Schrifif. Kollegen, bestellt. Euch rage an der Agitation, besucht die Versammlungen besser und bezahlt regelmäßig Eure Beiträge, damit auch wir in Saarabien endlich das ersehnte Ziel erreichen.)

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Den Vorständen der Mitgliedschaften und ebensfalls den Einzelmitgliedern sind fragebogen zugegangen, mittelst welcher die Verhältnisse im Kost- und Logiswesen in den Bäckereien erfragt werden sollen.

Wir ersuchen dringend, überall ungestüm an die Arbeit zu gehen, damit aus allen Bergbausorten so schnell als möglich ein vollzähliges und brauchbares Material zusammenkommt.

Festmessen und eine Anzahl Proben

Gegen den Post- und Logistiewang den Sendungen mit beigelegt, welche zweitmäig an die Galloren zu verbreiten sind.

Mit machen hiermit die Mitgliedschaften daraus aufmerksam, den im Januar nächsten Jahres stattfindenden Neuwahlen der Vorstände in den Mitgliedschaften schon jetzt etwas mehr Beachtung zu schenken, als dies in früheren Jahren geschehen ist. Nur wenn die Leitung der Mitgliedschaft in guten, fähigen und geübten Händen liegt, können dieselben auch nach innen und außen besser ausgebaut und gestärkt werden. Dem allzu häufigen, fortwährenden Wechsel der einzelnen Personen in den Gremien und der Verwaltung der Mitgliedschaften muss so viel als möglich geseztet werden, wenn Erfreichliches geleistet werden soll. Es ist deshalb notwendig, nicht wie bisher in vielen Orten üblich, ohne jede Vorbereitung in den Schwarderammungen auf blauen Tinten hinweg die Wahl vorzunehmen, sondern in allen grösseren Mitgliedschaften muss in der Versammlung im Dezember eine Kommission gewählt werden, mit dem Auftrage, im Januar auf Wahl die besten, fähigsten Kollegen für die einzelnen Vorstandesposten vorzuschlagen. Wo tüchtige Kollegen bisher schon die Posten im Vorstande inne hatten, ist es selbstverständlich, dass diese Leute dazu befragt werden, ihren Posten auch weiterhin zu bekleiden. Orientierungsmögliche, schnelle und pünktliche Geschäftsführung ist eine der Hauptbedingungen in den Mitgliedschaften, dieselbe wird aber nur dann vorhanden sein, wenn man die Vorstandswahlen nicht mehr als etwas Nebenschuldes betrachtet, sondern alle Mittel und Wege anwendet, um bauerndflüchtige, gewandte und erprobte Vorstände in den Mitgliedschaften zu gewinnen.

Das Waisenhaus der Stadt Berlin